



Center for Research in Economics, Management and the Arts

Das Flüchtlingsproblem: Ein Vorschlag zur Lösung des Samariter-Problems

Margit Osterloh und Bruno S. Frey

Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2016-01

CREMA Südstrasse 11 CH - 8008 Zürich www.crema-research.ch

Margit Osterloh und Bruno S. Frey

Für CREMA

Das Flüchtlingsproblem: Ein Vorschlag zur Lösung des Samariter-Problems

Die Diskussion um die Flüchtlingsproblematik konzentriert sich in letzter Zeit auf ein Thema: Grenzen müssen sein. Es können nicht alle Migranten in Deutschland, Schweden oder der Schweiz Zuflucht finden. Weitgehende Übereinstimmung gibt es auch darüber, wer überhaupt zu uns hineingelassen werden darf: "Echte Asylanten" und Kriegsflüchtlinge ja, illegale Wirtschaftsmigranten nein.

Über diese Gemeinsamkeiten hinaus gibt es aber eine große Ratlosigkeit, wie die Grenzen gesichert werden sollen. Die bisher praktizierte Sicherung der Außengrenzen ist inhuman und außerdem unwirksam (Casarico, Faccini & Frattini 2015): Faktisch haben wir sie gewissenlosen Schleppern überlassen. Allein im Januar 2016 sind über 50.000 Menschen mit Schlauchbooten nach Griechenland gekommen, zum ersten Mal überwiegend Frauen und Kinder, die besonders hohen Risiken ausgesetzt sind. 365 Menschen sind in der Ägäis ertrunken oder gelten als vermisst. Die Ankündigung, dass die Nato mit hochtechnisierten Kriegsschiffen gegen Schlepper vorgehen und Migranten von der Überfahrt nach Griechenland abhalten soll, wird die Preise für die Schlepper noch nach oben treiben und die Überfahrt gefährlicher machen. Die bisherige Strategie, den Weg zu uns so schwer wie möglich zu machen, hat auf der ganzen Linie versagt.

Andererseits gibt es ein sogenanntes Samariter-Dilemma (Buchanan 1975, Fuest 2015): Je mehr wir eine großzügige "Willkommenskultur" praktizieren, desto höher sind die Anreize für Hilfesuchende zu uns zu kommen, anstatt in sicheren Ländern in Heimatnähe Aufnahme zu suchen. Darüber hinaus geben wir anderen Ländern in Europa die (implizite) Botschaft, dass sie nichts tun müssen, weil *wir* uns schon um das Problem kümmern. Das Samariter-Dilemma gilt gleichermaßen für Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge und Armutsmigranten, deren Abgrenzung ohnehin fließend ist. Es wird in der Zukunft bleiben, auch wenn die kriegerischen Konflikte in Syrien, Irak und

Afghanistan beendet werden sollten: 40 Prozent der Bevölkerung armer Länder sagt, dass sie in ein reiches Land auswandern würden, wenn sie könnten (Collier 2013: 177).

Heute schon gäbe es die Möglichkeit, Flüchtlingen per Flugzeug eine sichere Einreise zu ermöglichen: Indem man die Richtlinie 2001/51/EG aufhebt, die Fluggesellschaften dafür haftbar macht, wenn Personen ohne Visum in den Schengen-Raum eindringen. Fluggesellschaften könnten Fluggäste ohne Visum dazu verpflichten, die Kosten für ihren Rückflug zu hinterlegen, bevor sie an Bord gehen. Warum wird von dieser einfachen Möglichkeit kein Gebrauch gemacht? Warum verlässt man sich stattdessen auf die Abschreckung durch kriminelle Schlepper? Es ist die realistische Angst vor dem Samariter-Dilemma, d.h. vor noch mehr Zuwanderung, verbunden mit der ebenso realistischen Angst, einmal eingereiste Migranten ohne Bleibepespektive nicht mehr abschieben zu können. Beides gefährdet die politische Hygiene. Gibt es einen Ausweg aus der inhumanen Politik der Abschreckung einerseits und dem Samariter-Dilemma andererseits?

Vom Modell der Genossenschaft lernen

Wir schlagen vor, in Analogie zum Modell der Genossenschaften (etwa Wohnbau-Genossenschaften) ein neues Modell für eine menschenwürdige Zuwanderung nutzbar zu machen: Um Mitglied einer Genossenschaft zu werden, muss ein Anteilschein erworben werden. Dafür ist ein Preis zu entrichten. Dieser berücksichtigt, dass die neuen Mitglieder an Gemeinschafts-Gütern partizipieren, die von den bisherigen Genossen geschaffen wurden. Im Fall der *Schweizerischen Eid-Genossenschaft* kommt dies schon im Namen zum Ausdruck. Analog hätten Zuwanderer einen „Anteilschein“ zu erwerben, dessen Preis höher liegen müsste als die Preise, die derzeit für Schlepper bezahlt werden. Dafür wird den Migranten eine gefahrlose Einreise und Aufnahme ermöglicht. Das Geld fließt statt den Schleppern dem Aufnahme-Land zu. Entsprechende Registrierungs- und Einzahlungs-Stellen könnten an jedem Flughafen und in größeren Flüchtlingslagern errichtet werden – zu einem Bruchteil der heutigen Kosten der Grenzsicherung. Wer als Asylant oder Kriegsflüchtling nach der Einreise anerkannt wird, erhält das Geld zurück. Wer nicht anerkannt wird, sieht sich vor ein Hindernis gestellt, das nicht unüberwindlich ist, dessen Bewältigung aber erhebliche Eigenanstrengung erfordert. Mit der Höhe der Abgabe kann man die Zuwanderung regulieren (Freeman 2006; Eichenberger 2015) ohne Absperranlagen zu bauen, die

ohnehin nur den Schleppern in die Hände spielen. Uns kann man das Schicksal einer stacheldrahtbewehrten „gated community“ oder „Festung Europa“ ersparen.

Der Preis für den „Anteilsschein“ müsste höher liegen als die Preise, die derzeit für Schlepper bezahlt werden. Er könnte aber wesentlich niedriger ausfallen als die abdiskontierten monetären Vorteile, welche die Migranten bei uns erwarten. Dafür erhalten sie eine temporäre „Mitgliedschaft“, welche nach einiger Zeit in eine unbegrenzte umgewandelt werden kann.

Ein solches Vorgehen hätte große Vorteile nicht nur für die wichtigsten Aufnahmeländer wie Deutschland, Schweden oder die Schweiz, sondern auch für die Migranten und die Herkunftsländer. Es würde die Migranten als Subjekte behandeln, die ihr Schicksal als abwägende, rationale Akteure in die Hand nehmen, für deren Abwägungen aber wir, die Aufnahmeländer (und nicht die Schlepper) die Rahmenbedingungen setzen. Durch das Preissystem würde ein kategorischer Konflikt des Entweder-Oder in einen Konflikt des Mehr-oder-weniger umgewandelt werden, welcher leichter lösbar ist (Hirschman 1994). Es könnte eine humanitäre und monetäre Win-Win-Situation entstehen. Die Schlepper würden ausgebootet.

Die Vorteile des Modells basieren *einerseits* auf der Überlegung, dass freie Migration das Potential hat, die Welt doppelt so reich zu machen (Clemens 2011) und 75% der Ungleichheit einzuebnen, welche heute aufgrund von Migrationshürden besteht (Milanovic 2015). Dieses Potential gilt es zu heben.

Andererseits wird das liberale Credo „Freihandel und Personenfreizügigkeit ist gut für Alle“ durch mehrere Faktoren eingeschränkt. *Erstens* durch die auf den Nobelpreisträgers Milton Friedman zurückgehende Einsicht, dass zwischen „open economies“ und „closed welfare states“ ein Spannungsfeld existiert. Freizügigkeit und unterschiedliche wohlfahrtstaatliche Leistungen sind auf Dauer nicht vereinbar. Die Attraktivität eines Landes ist für Niedrigqualifizierte um so höher, desto höher die Sozialleistungen eines Landes sind (Borjas 2014; Stolz & Baten 2012). *Zweitens* produziert Freizügigkeit auch Verlierer in den Aufnahmeländern, insbesondere bei den Niedrigverdienern. Diese werden ihre Politiker dafür bestrafen, es sein denn, sie erhalten einen sozialstaatlichen Ausgleich, der wiederum die Attraktivität für Immigranten erhöht (Borjas 2015). *Drittens* sind Staaten unterschiedlich erfolgreich, weil sie unterschiedlich gute politische und ökonomische Institutionen, d.h. ein unterschiedliches Sozialmodell haben (Acemoglu & Robinson 2012). Collier (2014) folgert daraus, dass Menschen genau deshalb von erfolglosen in wohlhabende Länder

wandern, weil sie defizitären Sozialmodellen entfliehen wollen. Tun sie dies allerdings in einem Ausmaß, welches die Bereitschaft und Möglichkeit zu ihrer Integration übersteigt, dann importieren sie ihr defizitäres Sozialmodell - dies in umgekehrter Analogie zur Aussage von Max Frisch: Es kommen nicht nur Arbeitskräfte, sondern Menschen. Aber gleichzeitig wird die Basis dessen unterminiert, was die Menschen zur Zuwanderung bei uns veranlasst, nämlich unser funktionierendes Sozialmodell. Das schließt ein, dass das wechselseitige Vertrauen in unserer Gesellschaft (Putnam 2007) und die Bereitschaft zur Umverteilung sinkt (Alesina et al. 1999). Basierend auf diesen Überlegungen seien die Vorzüge eines Genossenschafts-Modells aufgezeigt, und dies für die Aufnahmeländer, die Migranten und die Herkunftsländer.

Vorteile für die Aufnahmeländer

Die Aufnahmeländer erhalten mit der Aufnahmegebühr nicht nur Mittel zur Finanzierung des Aufenthalts und der Integration der Migranten. Vielmehr ergeben sich weitere monetäre und nichtmonetäre Vorteile.

Zu den offenkundigen *monetären Vorteilen* gehört *erstens*, dass die Eingliederung in den Arbeitsprozess und die Entlastung unserer Sozialsysteme schnell erfolgen kann und nicht erst nach dem langwierigen Prozess der Registrierung, Prüfung, Bearbeitung von Rekursen etc. *Zweitens* können die riesigen Kosten für die – weitgehend wirkungslose - Sicherung der Grenzen (Casarico, Faccini & Frattini 2015), für Stacheldraht, Mauern, Polizei, Kriegsschiffe im Mittelmeer und für die Wartezeiten an den Grenzen für den Gütertransport eingespart und das Geld sinnvoller eingesetzt werden. Ebenso würden die monetären und psychischen Kosten für die Ausschaffung nicht anerkannter Flüchtlinge entfallen, respektive die Kosten für die Allgemeinheit, wenn abgewiesene Flüchtlinge in den Untergrund verschwinden. Die Sivisternacht 2015 in Köln mag ein Indiz dafür sein. Die Zuwanderer sind *drittens* gehalten, von Anfang an einen Beitrag zum Gemeingut der Genossenschaft zu leisten, an dem sie teilhaben wollen und das von den bisherigen Genossen in Form von Schulen, Gesundheitswesen, Infrastruktur, funktionierende Verwaltung etc. geschaffen wurde. Sie können *viertens* – vorausgesetzt es existiert kein prohibitiver Mindestlohn – die Produktivität der einheimischen Bevölkerung erhöhen (Docquier, Özden & Peri 2014; Winter-Ebmer & Zweimüller 1999), insbesondere im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen (Ortega & Peri 2015; Cortes & Pan 2015). Prohibitiv ist ein Mindestlohn dann, wenn er

über der meist deutlich geringeren Produktivität der Migranten gegenüber einheimischen Niedrigverdienern liegt (Clemens 2011:96). Viele gut qualifizierte Frauen sehen sich heute zur Teilzeit gezwungen, um Betreuungspflichten bei Kindern und Pflegebedürftigen nachkommen zu können. Sie könnten erheblich entlastet werden. Dies ist ein riesiges Potential angesichts der Tatsache, dass in der jungen Generation die Frauen eine ebenso gute und teilweise sogar höhere formale Ausbildung haben als die jungen Männer.

Wichtiger sind aber die *nicht-monetären Vorteile*. Erstens ist Deutschland nicht mehr auf Gedeih und Verderb auf einen – ohnehin immer unwahrscheinlicheren – EU-weiten Verteilungsschlüssel für die Migranten angewiesen. Die Aufnahmeländer könnten über die Höhe der Aufnahmegebühr die Zuwanderung und die Finanzierung der Integration selber steuern, ohne dabei humanitäre Anliegen zu vernachlässigen. Die unwilligen Nachbarländer Deutschlands hätten weniger Grund für ihr Sträuben, zur Bewältigung der Krise beizutragen: Sie könnten - Nachahmung des Genossenschaftsmodells vorausgesetzt - ihrerseits entscheiden, wie viele Migranten sie zu welchen Bedingungen aufnehmen wollen. *Zweitens* wird über ein Preissystem die Gefahr der Überformung unseres Sozialsystems durch importierte defizitäre Sozialsysteme verringert. Die selektive Wirkung eines Preises würde Aspiranten auf eine soziale Hängematte von vorneherein bremsen. Diejenigen, die sich dadurch nicht abhalten lassen, haben einen verstärkten Anreiz, unsere Sprache zu lernen, zu arbeiten und sich zu integrieren. Eine Bittsteller-Mentalität kommt gar nicht erst auf. Höhere Anforderungen an die Eigenleistung der Migranten fördern die Arbeitsmarktintegration und den schnelleren Erwerb von Sprachkenntnissen (Nowrasteh 2015). Das wiederum erhöht – wenig erstaunlich - die Akzeptanz der Zuwanderer durch die einheimische Bevölkerung.

Zweitens könnte die Konzentration von Migranten in einzelnen Ballungsgebieten gesteuert werden. Migranten gehen am liebsten an Orte, wo sie schon ein Teil ihrer heimatlichen Diaspora vorfinden. Es ist dies sogar der wichtigste Faktor für die Wahl des Aufnahme-Ortes (Collier 2013: 45 ff.). Das ist zwar verständlich, weil es die Transaktionskosten und Fremdheitsgefühle bei der Eingewöhnung vermindert. Aber es vermindert auch die Möglichkeiten der Integration und begünstigt Ghettos und Banlieus. Die Integration fällt um so langsamer und schlechter aus, je grösser die Auslandsgemeinde ist. Dem kann man vorbeugen, wenn man die geforderte Abgabe

reduziert im Gegenzug für die Verpflichtung, sich während der vorläufigen Aufnahmezeit außerhalb der Ballungsgebiete niederzulassen.

Die bessere und schnellere Integration der Migranten hat führt *drittens* dazu, dass diese oder ihre Kinder früher dazu in der Lage sind, die bestehende Facharbeiter-Lücke zu schließen und zur Finanzierung unsers Rentensystems beizutragen. Auch das erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung.

Vorteile für die Migranten

Der allerwichtigste Vorteil für Migranten besteht darin, dass sie ohne Lebensgefahr und ohne die strapaziösen und traumatisierenden Erlebnisse einreisen können. Dies ist insbesondere für die steigende Anzahl von Frauen und Kindern wichtig, die sich neuerdings auf den gefährlichen Weg über die Ägäis gemacht haben.

Zweitens haben alle bei uns aufgenommenen Migranten, verglichen mit ihren zurückgebliebenen Landsleuten, ein viel besseres Leben. Sie partizipieren nicht nur an unserem Sozialsystem, an unseren Schulen, Gesundheitseinrichtungen oder an der Sicherheit auf den Strassen. Vielmehr steigt bei gleicher Qualifikation und bei gleicher Tätigkeit ihr Einkommen um das Mehrfache: Ein Arbeiter, der in den USA die gleiche Tätigkeit verrichtet wie in seinem Heimatland Haiti, kann sein Einkommen auf das Zehnfache steigern (Collier 2013: 156) – einfach aufgrund der Tatsache, dass er nun in einem funktionierenden Umfeld arbeitet, in dem das Telefon, die Bahn oder die Materialzulieferung ordnungsgemäß in Betrieb sind. Auch wenn dieser Arbeiter vor der Zuwanderung eine Abgabe gezahlt hätte – vorausgesetzt diese ist nicht prohibitiv – wäre sein Migrations-Gewinn riesig.

Drittens nimmt man den Migranten die quälende Unsicherheit, ob sie aufgenommen werden oder nicht, verbunden mit dem Zwang zur Untätigkeit und dem Zwang zu einer Bittsteller-Haltung. Sie erhalten schneller die Möglichkeit, sich im Arbeitsmarkt, in der Schule und in ihrer Wohnumgebung zu integrieren. Eine gute und schnelle Integration der Migranten vermindert die Gefahr einer Überformung durch ein defizitäres Sozialmodell und erhöht die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung.

Viertens erhalten die Migranten – vorausgesetzt mehrere Länder schliessen sich dem Genossenschafts-Modell an – ein Wahlrecht. Sie sind nicht länger Bittsteller, die sich von Bürokraten in – ohnehin kaum funktionierenden - „hotspots“ herumschieben

lassen müssen. Anreize zur Mehrfach-Registrierung entfallen, weil man dann mehrfach bezahlen müsste.

Fünftens verringert man die Torschlusspanik der Emigrationswilligen, angesichts der Angst vor der Grenzschließung so schnell wie möglich nach Europa zu kommen. Diese Angst bewirkt übrigens auch, dass viele Zuwanderer, wenn sie einmal bei uns angelangt sind, unfreiwillig bei uns bleiben. Es gehört zu den gesicherten Erkenntnissen der Migrationsforschung (Dustmann & Görlach 2015), dass – von Einwanderungsländern wie Australien und Kanada sowie von Kriegsländern abgesehen – nach etwa 10 Jahren die Hälfte der Migranten wieder in ihr Heimatland zurückkehren, sofern die Grenzen offen sind. Sie tragen damit zur „brain circulation“ bei, die vermutlich zu den effektivsten Massnahmen der Entwicklungshilfe gehört.

Vorteile für die Herkunftsländer

Auch für die Herkunftsländer ergäben sich zahlreiche Vorteile. Zuallererst mindert Emigration den sozialen Druck, auch wenn langfristig die Armut dadurch nicht sinkt und die Gefahr besteht, dass die Zurückgebliebenen weniger demokratisch denken (Collier 2013: 196). Dies, weil in erster Linie die einigermaßen gebildeten Mittelschichten auswandern - mit oder ohne Abgabe für eine Einreisebewilligung. Diese Abgabe aber fördert – wie erwähnt - die „brain circulation“ weil sie den „brain drain“, d.h. die Abwanderung von im Inland ausgebildeten Fachleuten ausgleichen hilft. Es herrscht Übereinstimmung in der Migrationsforschung, dass „brain circulation“, d.h. temporäre Migration, eine der effizientesten Formen der Entwicklungshilfe darstellt.

Der „brain drain“ wird *zweitens* durch höhere Anforderungen abgeschwächt. Sind Individuen bereit, eine Integrations- und Steuerungs-Abgabe aufzubringen, müssen sie sich im Heimatland anstrengen. Ein Weg ist eine bessere Ausbildung (Beine, Doquier & Rapoport 2003). Die aber kann bewirken, dass man dann gar nicht mehr auswandern muss, weil man zuhause eine hohe soziale und ökonomische Rendite einfahren kann (Freeman 2006: 160) .

Drittens profitieren die Herkunftsländer von den Zahlungen der Migranten an ihr Heimatland, den sogenannten Rimessen. Diese machten 2012 mehr als doppelt so viel aus wie die weltweite Entwicklungshilfe (Adams 2012; Bauer, Loser, & Mustedanagic 2013). Vermutlich sind sie mehr als doppelt so effektiv. Gemessen an den insgesamt weltweit aufgebrauchten Hilfsgeldern an Entwicklungsländer machen sie sogar das Vierfache aus. Das ist etwa so viel, wie in ausländischen Direktinvestitionen fließt. Im

Durchschnitt bilden Rimesen sechs Prozent der Einnahmen der armen Herkunftsländer (Collier 2013: 219). Wichtig ist, dass die Rimesen bei Rückkehrwilligen um etwa 25 bis 50 Prozent höher ausfallen als bei solche, die in den Aufnahmeländern bleiben wollen. (Dustmann & Mestres 2010). Das unterstreicht die Bedeutung offener Grenzen, welche – wie erwähnt - etwa die Hälfte aller Migranten zur Rückkehr motiviert.

Viertens fördern die Netzwerke der Migranten den Austausch von Gütern und Kapital, aber auch von Informationen und Reiseverkehr zwischen Aufnahme- und Herkunftsländern, welche den Herkunftsländern nützen (Bellino & Celi 2016; Freeman 2006).

Einwände gegen das Genossenschafts-Modell

Der erste Einwand gegen das Genossenschaftsmodell dürfte sein, dass damit nur Personen und Familien einwandern können, welche die Kosten für den Anteilschein aufbringen können. Aber auch heute können sich nur die Menschen die Flucht leisten, die genügend Geld für die Schlepper aufbringen. Zuwanderer können darüber hinaus einen Kredit aufnehmen, den sie zurückbezahlen können, weil sie bei uns ein wesentlich höheres Einkommen beziehen werden als in ihrem Heimatland. Ein entsprechender Kreditmarkt dürfte leicht entstehen. Er könnte sich am Modell der Mikrokredite orientieren. Auch könnten private Spender oder humanitäre Organisationen für die Anteilsscheine aufkommen (Frey & Steuernagel 2015), ebenso wie Firmen, die Mitarbeitende suchen. Damit würde zugleich ein direkter Bezug zu den Zuwanderern hergestellt, welcher der Integration nützt. Anerkannte Asylanten und Kriegsflüchtlinge erhielten die Abgabe zurück, allen anderen könnte man diese teilweise zurückerstatten, wenn sie unser Land wieder verlassen. Sie profitieren dann neben den bei uns erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen von einem Startkapital .

Als zweiter Einwand wird genannt, dass die Abgabe, um eine wirksame Steuerungsfunktion ausüben zu können, hoch sein müsste. Dies würde die illegale Migration und das Schlepper-Unwesen fördern, zumal die Preise für Schlepper infolge der geringeren Nachfrage fallen würden. Auch könnte die Loyalität der Migranten gegenüber dem Aufnahmeland leiden (Freeman 2006: 166). Das besagt aber nur, dass die Höhe der Integrations- und Steuerungs-Abgabe mit Augenmass festgelegt werden muss. Keineswegs darf sie nach orthodox-ökonomischen Kriterien bemessen werden, sondern muss psychologische Erkenntnisse einbeziehen. Dazu gehört, erstens, dass

potentielle Auswanderer nicht nur die monetären Vorteile abwägen, sondern auch die Möglichkeit schätzen, eine Wahl treffen zu können. Zweitens haben Preise auch eine expressive Wirkung (analog zur expressiven Wirkungen von Gesetzen, vgl. Cooter 1998) auch wenn sie nicht kostendeckend sind. Sie signalisieren eine Norm, nämlich dass eine Eigenleistung erwartet wird, wenn man Mitglied einer Gemeinschaft werden will. Solche Normen sind erstaunlich wirksam, auch wenn sie nicht bestraft werden.

Auch wenn noch viele Details zu klären wären, wir sind überzeugt, dass bei unserem Vorschlag alle gewinnen würden: Die Flüchtlinge, die Aufnahme- und die Herkunftsländer. Das macht den Vorschlag realistischer als Grenz- und Abschreckungsszenarien.

Literatur

Acemoglu, D. & Robinson, J.A. (2012). *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York: Random House, Crown Publishing.

Adams, R.H. jr. (2011): Evaluating the Economic Impact of International Remittances On Developing Countries Using Household Surveys: A Literature Review. *Journal of Development Studies* 47 (6): 809–828.

Alesina, A., Baquir, R. & Easterly W. (1999) Public Goods and Ethnic Division. *The Quarterly Journal of Economics* 114(4):1243-1284.

Bauer, D., Loser, Ph. & Mustedanagic, A. (2013) Milliarden aus der Fremde *TagesWoche* 2013. <http://labs.davidbauer.ch/remittances/>

Beine, M., Docquier, F. Rapoport, H. (2003). “Brain Drain and LDCs' Growth: Winners and Losers.” July 2003 *IZA Discussion Paper* No. 819.

Bellino A. & Celi, G.(2016). The Role of Migration in the Variety and Quality of Trade: Evidence from Germany. *German Economic Review* 17 (1): 1 – 25.

Borjas, G. J. (2014). *Immigration Economics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Borjas, G.J. (2015). Immigration and Globalization: A Review Essay. *Journal of Economic Literature* 53 (4): 961-947.

Buchanan, J. M. (1975). The Samaritan's dilemma. In: *Altruism, Morality and Economic Theory*. In: E.S. Phelps (ed.), New York: Russel Sage foundation: 71-85.

Cascario, A., Faccini, G. & Frattini, T. (2015). Illegal Immigration: Policy Perspectives and Challenges. *CESifo Economic Studies*, 61 (3/4), Special issue “Migration Policies” : 673 – 700.

Clemens, M. A. 2011. "Economics and Emigration: Trillion-Dollar Bills on the Sidewalk?" *Journal of Economic Perspectives* 25 (3): 83–106.

Collier, P. (2013). Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München: Siedler.

Cooter, R. (1998) Expressive Law and Economics, *Journal of Legal Studies*, 585
<http://scholarship.law.berkeley.edu/facpubs/624>

Cortes P. & Pan J. (2015) Immigration and occupational choices if natives: the Case of Nurses in the United States. *CESifo Economic Studies*, 61 (3/4), Special issue "Migration Policies" :797-823.

Docquier, F., Özden, C. & Peri, G. (2014), The Labor Market. *The Economic Journal* 124 (579): 1106-1145.

Dustmann, Ch. & Görlach J.-S (2015). The Economics of Temporary Migrations. *Journal of Economic Literature* (forthcoming).

Dustmann, Ch. & Mestres, J. (2010). Remittances and Temporary Migration. *Journal of Development Economics* 92 (1): 62-70.

Eichenberger, R. (2015). Zuwanderung - Königsweg Abgaben. *Finanz und Wirtschaft*, 14.November 2015: 3.

Frey, Bruno S. & Steuernagel (2015) Baut aus Spenden ein Sozialsystem für die Flüchtlinge. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 27. September 2015, Nr. 39: 26.

Freeman, R.B. (2006). People Flows in Globalization. *Journal of Economic Perspectives* 20 (2): 145-170.

Fuest, C. (2015). Standpunkt: Die Tücke des Samariter Dilemmas. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.Okt. 2015: 20.

Hirschman, A.O. (1994). Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? *Leviathan* 22(2): 293-304.

Milanovic, B. (2015). Global Inequality of Opportunity: How much of our Income ist Determined by where we live? *The Review of Economics and Statistics* 97(2): 452-460.

Nowraseth, A. (2015). Do Refugees Need Welfare? Or Do they Need To Escape? *Foundation for Economic Education*, July 27 2015.

Ortega, F. & Peri, G. (2015) Migration Policies: Recent Advances on Measurement, Determinants and Outcomes. *CESifo Economic Studies*, 61 (3/4), Special issue "Migration Policies":521- 526.

Putnam, R (2007). E Pluibus Unum. Diversity and Community in the 21st Century. *Scandinavian Political Studies* 30 (2): 137-174.

Stolz Y. & Baten J. (2012). Brain Drain in the Age of Mass Migration: Does Relative Inequality Explain Migrant Selectivity? *CESifo Paper* 3705.

Winter-Ebmer, R. & Zweimueller, J. (1999). Do Immigrants Displace Young Native Workers: The Austrian Experience, *Journal of Population Economics*, 12 (2), 327-340.